

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
170 · Ausgabe AG · Juli 2017



SP WILL NEUE FINANZPOLITIK

Obwohl die aktuelle Steuerstrategie nicht zu halten ist, verweigern sich Regierung und Parlament im Kanton Aargau nach wie vor einem realistischen Blick auf die Kantonsfinanzen. Aus Aarau wird die finanzpolitische Wende also nicht kommen. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau hat deshalb den Fachausschuss Wirtschaft und Finanzen beauftragt, verschiedene Varianten für eine mögliche Volksinitiative zu prüfen. Zurzeit prüft der Fachausschuss acht Varianten. Im Fokus stehen dabei drei mögliche Stossrichtungen:

- 1: nur Korrektur der Steuersenkungen für Unternehmen, 2: Korrektur von Steuersenkungen für Unternehmen und hohe Einkommen, eventuell inklusive einer Erhöhung des allgemeinen Steuerfusses, 3: teilweise oder vollständige Öffnung der Strassenkasse.

Ob und wann eine solche Initiative lanciert werden soll, liegt in der Hand des Parteitags. Auf Antrag der Geschäftsleitung hat der Parteitag vom 28. Juni einen entsprechenden Auftrag verabschiedet. Nun werden die Varianten finalisiert. Die Geschäftsleitung wird dann voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2018 einem Parteitag eine oder mehrere Varianten zum definitiven Entscheid vorlegen. Wer im Fachausschuss mitarbeiten möchte, kann sich jederzeit bei der zuständigen Parteisekretärin

Julia Hoppe melden
(julia.hoppe@
sp-aargau.ch).

Cédric Wermuth ist
SP-Nationalrat und
Co-Präsident der SP
Aargau.

Ein Acht-Punkte-Plan für eine vernünftige Finanzpolitik

DIE REGIERUNGSMITTEILUNG ÜBER DAS KÜNFTIG ERWARTETE DEFIZIT VON JÄHRLICH 250 MILLIONEN KAM NICHT ÜBERRASCHEND. FÜR DIE SP IST SCHON LANGE KLAR, DASS DER KANTON EIN EINNAHMENPROBLEM HAT. JETZT IST HÖCHSTE ZEIT, DIESES ANZUGEHEN. DER SP-PARTEITAG VOM 28. JUNI 2017 HAT DAZU EINEN ACHT-PUNKTE-PLAN BESCHLOSSEN.



Dieter Egli von
Windisch ist SP-
Grossrat, Co-
Präsident der SP-
Grossratsfraktion
und Mitglied der
Geschäftsleitung
der SP Aargau.

Jahrelang hat der Kanton vor allem für Reiche und für Unternehmen Steuern gesenkt. Nun reichen die Einnahmen nicht mehr, um die notwendigen Leistungen zu bezahlen. Davor hat die SP immer gewarnt. Die Bürgerlichen aber wiesen auf zu hohe Ausgaben hin. Das ist angesichts der tiefen Aargauer Kosten im Kantonsvergleich lächerlich.

Wieder Abbau?

Der Regierungsrat räumt nun erstmals ein, dass es Korrekturen bei Ausgaben UND Einnahmen braucht. Die SP hat also recht behalten. Der Aargau ist ein Sanierungsfall. Der Plan der Regierung: eine Verzögerung der Schuldentrückzahlung während vier Jahren, 2019 eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozent,

eine mittelfristige Prüfung, wie und wo der Kanton seine Leistungen am effizientesten erbringt. Zaubern kann die Regierung aber nicht, und alles deutet darauf hin, dass wieder bei Bildung, Gesundheit, Sicherheit und beim öffentlichen Verkehr abgebaut werden soll.

SP-Resolution

Darauf lässt sich die SP nicht ein. Jetzt muss die fatale Steuersenkungspolitik der letzten Jahre korrigiert werden. Dazu die wichtigsten Punkte der Resolution:

■ **Steuergeschenke** der Steuergesetzrevisionen 2006 und 2012 zumindest teilweise rückgängig machen: Dabei setzt die SP nicht auf das bürgerlich dominierte Parlament, sondern auf eine Volksinitiative.

■ **Vermögenssteuerinitiative** der JUSO umsetzen: Wer ein sehr grosses Vermögen hat, soll etwas mehr bezahlen. Das schmerzt niemanden, hilft aber der Kantonskasse.

■ **Steuerfuss erhöhen**, aber nicht bedingungslos: Die Aufhebung des Steuerrabatts und die

Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozent sind für die SP nachvollziehbar. Wir sind aber nur dazu bereit, wenn auch mit Punkt 1 und 2 diejenigen gezielt belastet werden, die am meisten von den Steuergeschenken profitiert haben.

■ **Schuldenbremse umgestalten**: Der Kanton bestraft sich selbst, weil er für Investitionen praktisch kein Fremdkapital aufnehmen kann und neue Schulden extrem schnell abschreiben muss. Das ist im Umfeld tiefer Zinsen blanker Unsinn!

■ **Strassenkasse öffnen**: In einem Extra-Kässeli für den Strassenbau ruhen erhebliche zweckgebundene Mittel. Diese sollen in die allgemeine Kasse fliessen oder zumindest die Folgekosten des Strassenverkehrs, so bei der Gesundheit, decken helfen.

Dies bringt jährlich weit über 200 Millionen Franken Mehreinnahmen. Die SP bleibt dran – für einen lebenswerten Kanton Aargau!

KOMMENTAR



Digitale Inklusion

Die fortschreitende Digitalisierung führt zu zahlreichen Veränderungen, von denen wir heute erst einen Teil genau abschätzen können. Dabei die Risiken zu erahnen, fällt aber leicht. Doch es ist auch die Aufgabe der Politik, in dieser Entwicklung Chancen zu erkennen und die Weichen so zu stellen, dass die neuen Möglichkeiten genutzt werden können.

Das gilt auch in Bezug auf Menschen mit Behinderungen. Für sie haben neue Technologien oft das Potenzial, die Selbstbestimmung im Alltag zu verbessern. Ein Beispiel dafür sind meine gehörlosen Verwandten, die heute dank SMS, WhatsApp oder auch Videotelefonie auf Smartphones viel einfacher und unabhängiger als früher kommunizieren können.

In der vergangenen Session wurde im Ständerat ein Postulat von mir überwiesen, das einen Bericht über die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Lichte der Digitalisierung verlangt. Digitale Innovationen, künstliche Intelligenz sowie neue Produkte in den Bereichen Robotik und Assistenzsysteme werden auch und ganz besonders die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen verändern. Diese und weitere Aspekte sollen in einem Bericht erörtert werden, wobei auch mögliche Massnahmen zu thematisieren sind, mit denen die Chancen besser genutzt und die Risiken besser abgesichert werden können. Der Ständerat ist mit mir der Meinung, dass diese Fragen früh genug und proaktiv anzugehen sind. Er hat mein Postulat mit grosser Mehrheit unterstützt – nota bene gegen die Empfehlung des Bundesrats.

Pascale Bruderer von Nussbaumen ist Aargauer SP-Ständerätin.

REVISION KANTONALES BÜRGERGESETZ

SP will ein zukunftsgerichtetes Bürgerrecht

DAS BUNDESGESETZ ÜBER DAS SCHWEIZER BÜRGERRECHT WURDE TOTALREVIDIERT, AM 20. JUNI 2014 VOM BUNDESPARLAMENT BESCHLOSSEN UND SOLL AUF DEN 1. JANUAR 2018 IN KRAFT TRETEN. DIE SP-BUNDESHAUSFRAKTION HAT DIESE REVISION NICHT UNTERSTÜTZT. IM AARGAU WURDE DIE EINFÜHRUNGSGESETZGEBUNG ABGELEHNT.



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin. Sie präsidiert die nicht ständige grossräthliche Kommission KBüG.

Die SP Schweiz lehnt die Revision ab

Für die SP ist klar: Menschen, die sich für die Schweiz als Lebensmittelpunkt oder Heimat entscheiden, sollen das Bürgerrecht möglichst einfach erhalten. Während der Beratungen des neuen Gesetzes in Bern war aber die SP ständig damit beschäftigt, Verschlechterungen abzuwenden oder wieder rückgängig zu machen. Leider ist das nur zum Teil gelungen, sodass das Gesetz von der SP abgelehnt wurde. Hauptkritikpunkte sind: Die SP hatte schon Mühe mit der Vorlage des Bundesrates, da mit der Niederlassungsbewilligung C als Voraussetzung die Hürde für eine Einbürgerung heraufgesetzt wird. Zudem hat die bürgerliche Mehrheit die Verkürzung der für eine Einbürgerung notwendigen Aufenthaltsdauer auf 8 Jahre verhindert. Das in Kombination mit der Tatsache, dass in Zukunft Personen mit einer vorläufigen Aufnahme nur noch die Hälfte der Zeit an die Aufenthaltsdauer anrechnen können, hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

Die SP Aargau schluckt die Kröte und sagt ja zum Bundesgesetz

Da das neue Bundesrecht verschiedene rechtliche Anpassungen der kantonalen Bürgerrechte erfordert, sind nun auch die kantonalen Parlamente am Arbeiten. Im Aargau hat der Regierungsrat dem Grossen Rat mit wenigen Ergänzungen das revidierte Bundesrecht vorgelegt (KBüG). Für die SP war klar, dass in unserem Kanton mit noch weiteren Verschlechterungen zu rechnen ist, sodass wir den Regierungsrat beziehungs-

weise das neue Bundesrecht unterstützten. Ein schwieriger Entscheid und der äusserste Kompromiss, da wir ja eigentlich die Meinung der SP Schweiz teilen. Und es kam, wie wir es erwartet hatten: Im Grossen Rat wurden weitere Verschärfungen gefordert, sodass die SP Fraktion grossmehrheitlich das Gesetz ablehnte. Dann aber der überraschende Ausgang bei der Schlussabstimmung: Die SVP lehnte ihre eigenen Verschärfungen ab (da sie nicht alles durchbrachte), und so versenkten wir die ganze kantonale Vorlage. In Kraft tritt damit ab 1. Januar 2018 das Bundesrecht. Ob, und wenn ja, wann uns die Regierung eine neue kantonale Vorlage vorlegt, ist offen.

Stopp der restriktiven Einbürgerungspolitik

Zwei in sich grundlegend unterschiedliche Ansätze stehen sich gegenüber. Die bürgerliche Seite setzt alles daran, die Hürden für die Einbürgerungen höher zu setzen. Einen Schweizer Pass soll nur erhalten, wer perfekt ist. Daraus lässt sich Kapital schlagen, indem man den einbürgerungswilligen Menschen permanent das Gefühl gibt, sie stören und verursachen Probleme.

Die SP verfolgt klar einen anderen Ansatz. Die allermeisten Ausländerinnen und Ausländer, die bei uns leben, arbeiten und bezahlen Steuern. Sie leben Tür an Tür mit uns, und sie sollen mitbestimmen können. Ein Weg zur Mitbestimmung wäre das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, der andere Weg geht über das Bürgerrecht. Wir setzen uns darum weiterhin für ein humanes Recht ein.

**In Kraft tritt
ab 1. Januar 2018
das Bundesrecht.**

Zum Tod von Sonya Schmidt

AM 4. MAI 2017 STARB SONYA SCHMIDT, VON 1973 BIS 1981 SP-GROSSRÄTIN UND VON 1989 BIS 1993 PRÄSIDENTIN DER SP FRAUEN SCHWEIZ, 83JÄHRIG NACH LANGER KRANKHEIT. ALS GROSSRÄTIN UND FRAKTIONSPRÄSIDENTIN UND ALS SP FRAUEN-PRÄSIDENTIN HAT SIE DIE AARGAUER UND DIE SCHWEIZERISCHE POLITIK UND DIE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK GEPRÄGT. URSULA MAUCH UND NATASCHA WEY ERINNERN SICH AN SONYA SCHMIDT:



Natascha Wey von Zürich ist Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz.

Sonya Schmidt wurde 1934 in eine Arbeiterfamilie geboren. Sie konnte sich zur heilpädagogischen Lehrerin ausbilden und übte den Beruf mit grossem Engagement aus. 1989 übernahm sie das Präsidium der SP-Frauen Schweiz und übte es bis 1993 aus. Ihre Präsidentschaft fiel in eine Zeit, in der die Frauen innerhalb der SP sichtbar erstarkten – vieles davon ist auch ihr Verdienst.

In ihrer Amtszeit wurde die parteiinterne Geschlechterquote auf 40 Prozent erhöht, und die SP Schweiz begann, die Quotenregelung auch bei der Besetzung öffentlicher Ämter auszuüben. Sonya setzte sich stark dafür ein, dass frauenpolitische Anliegen auch zu Anliegen der Gesamtpartei wurden. Damit sich die Parteikollegen gleichstellungspolitischen Debatten nicht nochmals entziehen konnten, stellten die SP-Frauen unter Sonya Schmidt ihre Anliegen 1991 kurzum auf die Traktandenliste des Parteitag. Der Parteitag verabschiedete im Anschluss ein Manifest, das die

Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Beruf und Politik zum zentralen Schwerpunkt der Partei erklärte. Sonya Schmidt vernetzte die SP Frauen auch international und reiste als Frauenpräsidentin an die Zusammenkünfte der Sozialistischen Frauen in Stockholm, Genf und Brüssel sowie an Tagungen der SPD-Frauen in Mannheim, Essen und an den Wiedervereinigungsparteitag der SPD in Berlin.

In Sonya Schmidts Amtszeit fällt auch die im Jahr 1992 publizierte, durchaus humorvolle Broschüre der SP Frauen mit dem Titel «Ein Minderheitenprogramm für die vergessene Mehrheit». Darin kreierten die Autorinnen eine utopische Vision des politischen Feldes mit 14 Bundesrätinnen. Ein Verfassungsrat der «sieben weisen Frauen» sollte die parlamentarischen Geschäfte überwachen, und seine Vertreterinnen «sorgen für das allgemeine Wohlbefinden, indem sie darauf achten, dass so viel Ordnung wie nötig und so viel Unordnung wie möglich herrscht».

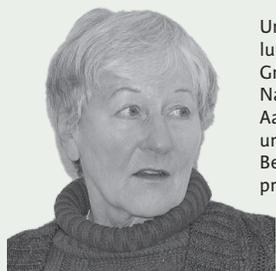
Die Nicht-Wahl Christiane Brunners führte auch bei den SP Frauen zu einem grossen

Protest. Sonya Schmidt stand im Namen der SP Frauen hinter der Alleinkandidatur von Christiane Brunner. Von den grossen Protesten bei der Nichtwahl Christiane Brunners konnten die SP Frauen profitieren und ein Mitgliederwachstum und einen Frauenschub bei kantonalen Wahlen, so im Aargau und im Kanton Solothurn, verzeichnen.

Der ganze Text von Natascha Wey kann hier gelesen werden: <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/esp-press/zum-tod-von-sonya-schmidt>. Quelle: Dissertation Fabienne Amlinger, Im Vorzimmer zur Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 – 1995). Unveröffentlicht, Bern, Nov. 2014.



Sonya Schmidt – gelebte Sozialdemokratie



Ursula Mauch von Oberlunkhofen war Aargauer Grossrätin und als SP-Nationalrätin die erste Aargauerin im Nationalrat und die erste Frau in Bern, die eine Fraktion präsidierte.

Niemals mehr habe ich eine Frau getroffen, deren ganzes Leben durch und durch von den Ideen der Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit, der sozialen Verantwortung und von mitmenschlicher Empathie geprägt war wie dasjenige von Sonya Schmidt. Das Arbeitermilieu, die Sozialdemokratie, das war immer ihre Heimat, in der sie sich wohlfühlte, ihr Lebensinhalt.

Sonya und ich waren in den siebziger Jahren zusammen Grossrätinnen. Die erste Zeit

war ich Vertreterin des TEAM 67. Als unsere Gruppe 1976 beschloss, 1977 keinen Grossratswahlkampf mehr zu führen, wählte ich das Ende meiner politischen Karriere nahen. Dann aber waren da verschiedene SP-Grossrätinnen und Grossräte wie Jean Seiler und eben Sonya, die mir empfahlen, für die SP zu kandidieren. Ab diesem Zeitpunkt wurde die politische Zusammenarbeit zwischen Sonya und mir enger. Sie setzte alles daran, mich in die grosse SP-Fraktion zu integrieren, meine Arbeit dort zu erleichtern. Von ihr hörte ich auch viel über ihr grosses Engagement in «wichtigen» Kommissionen wie der Geschäftsprüfungs- oder der Finanzkommission. Thematisch trafen wir uns eher wenig, sie war die sehr kompetente Bildungspolitikerin, ich kümmerte mich um Umwelt- und Energiepolitik. Aber für beide von uns war es eine riesige Enttäuschung, als der Grosse Rat 1976 das Projekt «Hochschule Aargau» versenkte.

Im Frühling 1980 trat ich als Nationalrätin aus dem Grossen Rat zurück. Mit grossem Bedauern hörte ich etwas später, dass Sonya aufgrund der Wahl von Herman Schmidt zum Bundesrichter und damals entsprechender Bürgerrechtsvorschriften und der Nichteinbürgerung (!) der Familie Schmidt in ihrem Wohnort Küttigen den Grossen Rat auch werde verlassen müssen. Ich erachtete das als grossen Verlust für die Aargauer Sozialdemokratie und den Kanton Aargau.

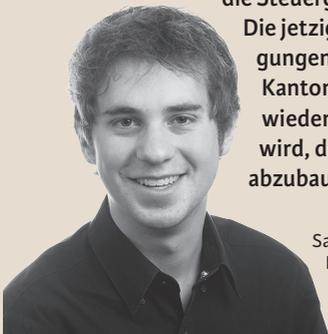
Profitieren von Sonyas Schaffenskraft konnte dafür die Waadtländer Sozialdemokratie. Wie eh und je stellte sie sich für verschiedenste politische Tätigkeiten zur Verfügung. Sie hörte nie auf, ein politischer Mensch zu sein. Von verschiedener Seite höre ich, dass sie sich bis in die letzten Tage ihres Lebens um Politik sorgte.

Danke, Sonya, für alles.

Chance verpasst, tiefe und mittlere Einkommen zu entlasten

Mit viel Engagement haben wir im April und Mai die Abstimmungskampagne zu unserer Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» geführt. Leider sagten nur etwas mehr als ein Drittel der Stimmbevölkerung Ja. Erneut gelang es den Bürgerlichen, die Zeiten der finanziellen Unsicherheit im Aargau für ihre Argumentation zu nutzen und Verunsicherung zu verbreiten. Es ist eine verpasste Chance, endlich einmal tiefe und mittlere Einkommen zu entlasten, statt Steuergeschenke an Reiche zu verteilen. Denn genau für tiefe und mittlere Einkommen wird das Leben immer teurer – unter anderem wegen steigenden Krankenkassenprämien. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auch weiterhin für eine Entlastung dieser grossen Bevölkerungsschicht einsetzen und die Steuergeschenke rückgängig machen.

Die jetzige Praxis der Prämienverbilligungen macht den Aargau zum Geizkanton. Es ist Zeit, dass der Aargau wieder zu einem attraktiven Kanton wird, der investiert statt Leistungen abzubauen.



Sascha Antenen von Zofingen ist Politischer Sekretär der SP Aargau und SP-Einwohnerrat.

Der neue Campaigner



Julian Bieri von Mühleturnen ist Campaigner für den SP-Kommunalwahlkampf 2017.

Mein Name ist Julian Bieri und ich arbeite seit dem 29. Mai 2017 als Campaigner für den Basiswahlkampf bei der SP Kanton Aargau. Es ehrt und motiviert mich sehr, bei dieser Tätigkeit mit Euch, den freiwillig engagierten Mitgliedern, zusammenzuarbeiten. Mein Ziel ist es denn auch, möglichst viele von Euch in die Telefonkampagne für die Kommunalwahlen im September und November 2017 einzubinden. Als Berner freue ich mich besonders, den Kanton Aargau mit seinen Ortschaften und den dazugehörigen SP-Sektionen kennenzulernen.

Politisch war ich bisher vor allem im Student_innenrat der Universität Bern engagiert, in dem ich das Sozialdemokratische Forum vertrat. Dies war eine gute Gelegenheit, um erste politische Erfahrungen zu sammeln. In letzter Zeit beschäftigte ich mich intensiv mit Handelsabkommen wie TTIP und TISA. Im Oktober 2015 nahm ich an einer beeindruckenden Demonstration gegen TTIP mit über 100 000 Menschen in Berlin teil. Neben dem Job bei der SP beende ich momentan meine Bachelorarbeit zur Geschichte der Verkehrspolitik der Stadt Bern. Nun erhalte ich bei der Kantonalpartei die Chance, nicht nur Beobachter der Politik zu sein, sondern den Wahlkampf im Rahmen der Basiskampagne mitzugestalten und hoffentlich zu einem Erfolg bei den Kommunalwahlen meinen Teil beizutragen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Es ist schon wieder so weit, und wir alle wissen, was «nach der Wahl ist vor der Wahl» bedeutet: Wir sind schon wieder mittendrin im Kampf um die entscheidenden Stimmen für einen lebenswerteren Aargau. Nach dem grossartigen Erfolg vom letzten Jahr bei den Regierungs- und Grossratswahlen wollen wir diesen Schwung und Erfolg nun in die Gemeinden tragen.

Neuerdings bietet das Sekretariat euch auch in diesem Wahljahr für die Kommunalwahlen seine Unterstützung an. Scheut euch nicht, bei Fragen betreffend Planung, grafischer Umsetzung oder möglichen Themen uns anzurufen oder uns eine E-Mail zu schreiben. Gerne möchten wir euch mit unserem Wissen und unserer Erfahrung unterstützen!

Ein weiteres Element, das in diesem Jahr zum ersten Mal nun auch den lokalen Wahlkampf bereichert, ist die Basiskampagne. Das



Julia Hoppe von Herznach ist Politische Sekretärin der SP Aargau.

telefonische Gespräch hat sich für uns zu einem wertvollen Kampagneninstrument entwickelt, das wir auch 2017 nicht missen möchten! Den Kampf um die entscheidenden Stimmen, mit dem Telefonhörer in der Hand, nehmen 11 Gemeinden, darunter auch alle Einwohnerratsgemeinden, für ihre Wahlen im September und November 2017 auf. Seit Ende Mai unterstützt uns Julian Bieri bei der Planung und Durchführung der Basiskampagne und ist euer Ansprechpartner im Sekretariat.

Bei 213 Gemeinden im Kanton Aargau, wo die Wahldaten nicht zentral abgelegt sind, sind wir auf eure Unterstützung angewiesen. Bitte tragt allfällige Wahltermine eurer Gemeinde über folgenden Link www.kommunalwahlen.sp-aargau.ch in das Dokument ein, vielen Dank!

Wir freuen uns auf ein weiteres erfolgreiches Wahljahr mit euch!

AGENDA

15. August, 19.30 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

Parteirat

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau, Telefon 062 834 94 74

Fax 062 834 94 75

sekretariat@sp-aargau.ch,

www.sp-aargau.ch

Erscheint ab 2017 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag 3066

Redaktion: Katharina Kerr,

katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe:

19. Juni 2017

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:

14. August 2017

Erscheinen nächste Ausgabe:

31. August 2017

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Julian Bieri, Pascale Bruderer, Elisabeth Burgener, Dieter Egli, Julia Hoppe, Katharina Kerr, Ursula Mauch, Cédric Wermuth, Natascha Wey, David Zehnder (Bild S.9).